

# is **FDGB Groß-Berlin?**

ihren Willen zum Kampf gegen die USA-Politik der Reuter, Schreiber und Schwennicke zum Ausdruck gebracht.

Unsere zuständigen Industriegewerkschaften jedoch sind über gelegentliche Flugblattverteilungen und die Bekundung ihrer Solidarität mit den arbeitslosen Westberliner Arbeitern nicht hinausgekommen. Offensichtlich glauben die Vorstände einiger IG's immer noch, daß man auf diesen Kampf keinen Einfluß nehmen kann, weil die betroffenen Arbeiter und Angestellten nicht Mitglieder ihrer Gewerkschaft sind. Sie sehen tatenlos zu, wie die rechten Führer des DGB, der DAG und ihrer Verbände den Kampf mittels eines Dutzends altbewährter Manöver unmöglich machen. Trotzdem die IG-Vorstände in drei Vorstandssitzungen des FDGB in dieser Frage namentlich angesprochen wurden, gibt es ihrerseits keine Stellungnahme dazu.

Der Genosse Herbert Warnke schreibt in seinem Artikel:

„Der Aufbau im demokratischen Sektor muß zum Vorbild für ganz Berlin werden!“

Dabei stehen zur Zeit die Organisierung der Mitarbeit der Belegschaften an der Ausarbeitung der VEB-Pläne und die Diskussion sowie der Abschluß der betrieblichen Kollektivverträge im Vordergrund. Wie es jedoch in der Tat mit der Organisierung der Mitarbeit der Belegschaften aussieht, zeigt Genosse Bruno Baum, Sekretär der SED-Landesleitung Groß-Berlin, in seinem Artikel „Wo steht Berlin in der Planerfüllung“ am 27. April 1951 in der „Tribüne“. Von einer nennenswerten Tätigkeit der Industriegewerkschaften ist nichts zu spüren. Die stärkste und wichtigste IG in Berlin, die IG-Metall, wurde auf einer von der Abteilung Wirtschaft des Magistrats durchgeführten Sitzung der Betriebsleiter, der BGL-Vorsitzenden und der Sekretäre der Betriebsparteiorganisationen wegen ihrer ungenügenden Mitarbeit kritisiert. Diese Kritik wurde auf einer wirtschaftspolitischen Tagung des FDGB wiederholt, sie wurde in der „Tribüne“, in „Neues Deutschland“ und in der „Wirtschaft“ fortgesetzt, ohne daß bisher eine Stellungnahme dazu erfolgte.

Nachdem der Vorstand des FDGB beschlossen hatte, daß die IG-Metall mit der Diskussion und Ausarbeitung der Betriebskollektivverträge beginnen sollte, wurde Mitte April auf einer Sekretärbesprechung der IG bekanntgegeben, daß 1951 in Berlin keine Betriebskollektivverträge abgeschlossen würden. Der als Schwerpunkt festgelegte Betrieb, in dem die Diskussion begonnen hatte, erhält die gleiche Information. Angeblich haben ein Mitarbeiter der Abteilung A. und S. des Bundesvorstandes und ein Mitglied des Zentralvorstandes der IG-Metall diese „Mitteilung“ an die Berliner IG weitergegeben, wo sie „wie warmer Honig einging“.

Welches sind die Ursachen für diesen Zustand, der zu einer ernststen Gefahr für den FDGB in Berlin geworden ist?

Ein großer Teil unserer im FDGB tätigen Genossen ist durch den dort herrschenden Praktizismus politisch zurückgelassen. An der Entwicklung der Partei haben sie sich nur unzureichend beteiligt. Dies führte zu Unklarheiten in der Stellung zum demokratischen Staat und zur demokratischen Wirtschaft.

In der Hauptentschließung des III. FDGB-Kongresses, dessen Beschlüsse in Berlin nicht durchgearbeitet wurden, heißt es im Teil II:

„Die Freien Deutschen Gewerkschaften betrachten die Deutsche Demokratische Republik als ihre n Staat, den sie mit allen Kräften unterstützen und verteidigen.“

Im Teil III der gleichen Entschließung heißt es:

„Die Gewerkschaften werden alle Kraft einsetzen, um den ersten Fünfjahrplan in Deutschland zu verwirklichen.“

In der „gewerkschaftlichen Praxis“ gehen jedoch viele Funktionäre von der traditionellen „Interessenvertretung“ aus. Die Folge davon ist, daß ein großer Teil der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre von der Mitbestimmung bei Neueinstellung redet, anstatt sich um die Organisation und Entwicklung ihres Betriebes zu kümmern. Die Industriegewerkschaften müssen sich von der Verwaltung wegen ihrer Passivität in der VEB-Plan-Erstellung kritisieren lassen, anstatt der Verwaltung zu helfen.

Auf dem III. FDGB-Kongreß unterschied sich die Berliner Delegation in ihrer altersmäßigen Zusammensetzung auffällig von allen anderen Delegationen. Die IG-Vorstände haben es seit 1945 nicht verstanden, junge Kader heranzuziehen. In den meisten Funktionen trifft man seit Jahren immer wieder auf die gleichen Funktionäre. Ihnen fällt es schwer, die in Jahrzehnten angenommene Arbeitsweise abzustreifen und sich von der „Verbandsgeschäftsstelle“ zur operativen Leitung zu entwickeln.

\*

So wie die Beschlüsse des III. FDGB-Kongresses in Berlin nicht gründlich durchgearbeitet wurden, ist auch zum „Initiativplan der Gewerkschaften“, der eine umfassende Arbeitsrichtlinie darstellt, bisher kaum in den Vorständen Stellung genommen worden.

Schließlich bedarf auch die Organisationsstruktur einer Überprüfung. Im FDGB hat man sich erst kürzlich dazu entschlossen, den geschäftsführenden Vorstand durch ein Sekretariat zu ersetzen. Der geschäftsführende Vorstand, in dem nur einige der Mitglieder für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse zur Verfügung standen, konnte zu keiner operativen Arbeit kommen. In den IG arbeiten die Vorstände fast ausschließlich mit den in den Bezirken angestellten Sekretären. Einige IG sind, obwohl ihre Berufsgruppe von Bedeutung ist, in Westberlin nicht vertreten. Die Bezirksgewerkschaftsleitungen Westberlins bestehen oft nicht einmal auf dem Papier. Im demokratischen Sektor kommen sie im allgemeinen zu monatlichen Besprechungen zusammen, in denen der Sekretär über seine Arbeit berichtet und in denen im Bestfalle für die vertretenen Betriebe Aufgaben gestellt werden. Es ist jedoch unmöglich, die große Zahl der vorhandenen Betriebe durch die Sekretäre allein zu bearbeiten. Ohne die aktive Mitarbeit der Bezirksleitungen wird es zu keiner wirklichen Gewerkschaftsarbeit kommen.

Dazu ist aber eine Überprüfung der Zusammensetzung der Bezirksleitungen, eine Aktivierung ihrer Arbeit und vor allem die Einführung regelmäßiger Zusammenkünfte der Betriebsfunktionäre im Bezirksmaßstab notwendig.

Unsere Berliner Partei wird in allen Leitungen von der allgemeinen Kritik an der gewerkschaftlichen Arbeit zu einer wirklichen und ständigen Hilfe für die Gewerkschaften übergehen müssen. Der FDGB ist die größte und wichtigste Massenorganisation, in der 50 bis 90 Prozent unserer Belegschaftsangehörigen organisiert sind. Die Gewerkschaftsarbeit spiegelt zweifellos die Arbeit der Partei unter den Massen wider. Auch ihre Arbeit war in der Organisierung der Berichterstattung über die Europäische Arbeiter-Konferenz, in der Einflußnahme auf den Lohnkampf der westberliner Arbeiter, in der Durchführung der Betriebsrätewahlen, in der Erstellung der VEB-Pläne im demokratischen Sektor, der Kontrolle und Entwicklung der Aktivistenpläne nicht besser. Um den Gewerkschaften zu helfen, muß man sich vor allem mit ihren konkreten Auf-

(Fortsetzung Seite 15)